

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 179 (2013)
Heft: 6

Artikel: Der Präsident der Justiz- und Polizeidirektoren zum Sicherheitsverbund
Autor: Thomann, Eugen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327682>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Präsident der Justiz- und Polizeidirektoren zum Sicherheitsverbund

Der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) sitzt der Berner Sicherheitsdirektor vor, Regierungsrat Hans-Jürg Käser. Derzeit präsidiert er die Politische Plattform des Sicherheitsverbundes Schweiz (SVS). Hier laufen die Fäden zusammen, woran die Zukunft unserer inneren Sicherheit hängt.

Eugen Thomann, Redaktor ASMZ

Thomann: Als Präsident der KKJPD bilden Sie zusammen mit zwei Mitgliedern des Bundesrates und dem Präsidenten der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr die für den Sicherheitsverbund Schweiz verantwortliche «Politische Plattform». Welchen Mehrwert brachte uns der SVS und was ist von ihm weiter zu erwarten?

Käser: Der SVS bildet ein zentrales Element des Sicherheitspolitischen Berichtes 2010. Auf den zweiten Blick ist er nicht ganz neu. Gerade als Föderalist halte ich

Zusammenarbeit für wichtig. Die kantonale Zuständigkeit für die innere Sicherheit bewährt sich, ist aber in der Praxis nicht immer einfach zu handhaben. Über die Mittel verfügen einzig die Kantone, weil der Bund ja kein Polizeikorps unterhält.

Mehrwert entsteht auf der Politischen Plattform in den dort auf höchster politischer Ebene stattfindenden Gesprächen. Dass ein kantonaler Magistrat für ein Jahr diese Runde – der Bundesratsmitglieder angehören – präsidiert, setzt ein wichtiges Zeichen des Föderalismus. Wertvoll ist die neue Funktion des Delegierten, die André Duvillard bekleidet (bisher Polizeikommandant von Neuenburg), weil er Lösungsvorschläge erarbeitet.

Regierungsrat Hans-Jürg Käser. Bild: ASMZ



Erwarten dürfen wir, dass man einander im Gespräch findet. Als Beispiel greife ich Korrekturen der jüngsten Armeereform auf. Sie hat ohne Not das Mobilmachungssystem abgeschafft und ohne ausreichendes Instruktionspersonal den jährlichen dritten RS-Start eingeführt. Da wird jetzt teils nachgebessert, teils zurückgeschraubt. Der SVS muss die Zusammenarbeit wieder zum Wachsen bringen. Dafür bietet der aus einem Kanton kommende Delegierte Gewähr.

Die bevorstehende Sicherheitsverbundübung (SVU 2014) soll die Strukturen des SVS erstmals überprüfen. Was können Sie heute darüber sagen?

Die SVU 2014 erprobt im November des nächsten Jahres den Overhead und die Schnittstellen. Geübt wird anhand der Annahme, nach Cyber-Attacken und aussergewöhnlichen Wetterereignissen entstehe aus der Störung der Stromversorgung eine komplexe, breitflächige und länger anhaltende Notlage. Gleichzeitig findet parallel eine auf die Armee bezogene Übung statt.

Braucht der SVS auch operative Kompetenzen, einerseits für den Alltag, andererseits für eine Krise, die sich über mehrere Kantone erstreckt?

Eher nicht. Die Spielregeln gilt es aber noch zu definieren. Dazu erhoffen wir uns Erkenntnisse von der SVU 2014.

Wie sehen Sie die Zukunft der Schweizer Polizei?

Ein wichtiges Projekt der KKJPD soll die vier Polizeikonkordate zu einem verschmelzen. Einen anderen Schwerpunkt bildet die «Harmonisierung der Polizeinformatik (HPI)» zusammen mit «E-Police» und der Datenbank «Elektronische Waffenplattform». Föderalistische Struk-

turen verantworten weiterhin den Einsatz. Zu optimieren sind Lagedarstellung, Ausbildung und Ausrüstung.

Der aufwändige Betrieb mehrerer Einsatzzentralen nebeneinander beschäftigt uns schon im Kanton Bern. Das Projekt HPI verspricht einheitliche Informatiklösungen und dafür sitzt der Bund mit im Boot. Es gilt, Reserven abzuschöpfen und Kräfte für die Frontarbeit freizumachen.

Seit über zehn Jahren ist die Rede von einer Bestandeslücke der Polizei. Müssen wir weiter damit leben, oder was soll geschehen?

Mit 16 500 Stellen ist in der Schweiz die Polizeidichte so dünn wie sonst nirgends in Europa, abgesehen von Andorra und San Marino. Die KKJPD hat durch eine Arbeitsgruppe ein Manko von 2000 Stellen errechnen lassen, anhand der geleisteten Überstunden, der Kriminalstatistik, der auf die Erledigung wartenden Fälle.

Immer mehr Einbrüche verüben Banden von Kriminaltouristen, die aus dem Ausland kommen, durchs Land fahren, an mehreren Orten ihre Delikte begehen, womöglich Zwischenlager für das Diebesgut anlegen und wieder verschwinden. Das erfordert komplizierte Ermittlungen, stundenlange Tatbestands- und Spurenaufnahme vor Ort, dann viel Arbeit im Büro am Computer, bis nach Wochen ein Mosaik zeigt, wo die gleiche Täterschaft am Werk war. Damit ist noch niemand festgenommen. Manchmal gelingt der Nachweis erst Monate oder Jahre später nach einer Verhaftung.

Die Büroarbeit nahm enorm zu, auch infolge der neuen Strafprozessordnung. Sie absorbiert Polizistinnen und Polizisten immer stärker. Umso weniger können sie zu Fuss oder im Streifenwagen auf der Strasse sichtbar präsent sein.

Die Kriminalstatistik zeigt: Wir sind in Europa angekommen und keine «Insel der Glückseligen» mehr. Besonders unter der Zunahme der Gewaltdelikte leidet das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung.

Wenn 2000 Polizisten fehlen, sind die Kantone gehalten, ihre Polizeikräfte aufzustocken. Dabei zeigen nicht alle Kantone den gleichen Eifer. Eine Polizeistelle kostet jährlich 150 000 Franken und alle Kantone müssen sparen, sind sie doch finanziell «im Sandwich» zwischen dem Bund und ihren Gemeinden. Der Kanton Bern bräuchte für seine Einheitspolizei 140 zusätzliche Stellen. Immerhin 60 konnten wir in den letzten drei Jahren schaffen.

Was bedeutet die Armee für den SVS und die einzelnen Kantone?

Die Armee hat bisher alle Aufträge erfüllt, auch als einzige Sicherheitsreserve unseres Landes. Allerdings kann es kein Dauerzustand sein, dass nur für ein Drittel der Infanteriebataillone die volle Ausrüstung vorhanden ist.

Mühe bereitet, wie zögerlich die Entscheidung für die Weiterentwicklung der Armee fallen. Ende September 2012 sprach sich das Parlament für einen Bestand von 100 000 und ein Verteidigungsbudget von jährlich fünf Milliarden aus. Das gilt. Hier stellt sich die Frage der Glaubwürdigkeit. Dass der Nationalrat mit seinem Beschluss vom 13. März die Vorgabe des Parlamentes bestätigte, empfinde ich als Lichtblick.

Es muss gelingen, klar zu machen, was die Armee alles leistet und welche Bedrohungen sie auffängt oder auffangen hilft. Das reicht bis zum Aufrechterhalten der Ordnung nach einem schweren Terroranschlag.

Wer legt die Strategie fest? Natürlich herrscht der Primat der Politik, sie muss letztlich entscheiden. Aber die Armeespitze sollte Vorschläge unterbreiten.

Verschiedentlich hört man von Fachleuten, unser Sanktionensystem sei im Vergleich mit der Nachbarschaft zu schwach, sauge gleichsam Kriminalität an. Sehen Sie einen grundsätzlichen Handlungsbedarf?

Unsere Justiz schöpft bei Verurteilungen die Möglichkeiten nicht aus. Härteres Bestrafen von Gewaltdelikten könnte eine gewisse Abschreckung erzielen. Wenn Gewalttäter und andere Delinquenten aus unserer Nachbarschaft den Eindruck bekommen, in der Schweiz könne ihnen nicht viel passieren, steht es nicht gut. Sofern die Polizei nach wochenlangen Ermittlungen einmal Mitglieder einer weitläufig tätigen Einbrecherbande festnimmt, können wir sie aufgrund unserer gesetzlichen Vorschriften höchstens 24 oder 48 Stunden in Haft behalten; dann sind sie wieder frei. Und dass beim Landdiebstahl erwischte Asylsuchende die Polizei auslachen, weil sie genau wissen, dass ihnen kaum etwas droht, ist erst recht ein schlechtes Zeichen.

Zudem «vergisst» unser System Straftaten zu schnell, indem sie aus den Registern verschwinden. Ein langes Gedächtnis gilt nur für Verstösse gegen Strassenverkehrsregeln.

Schliesslich ist der Respekt gegenüber der Polizei unerträglich gering. Wie Voll-



Hans-Jürg Käser

Geboren 1949 in Langenthal BE
verheiratet

Hobbys: sehr viel Lektüre,
Sammlung von Aphorismen Oldtimer
(Autos und Dampflokomotiven)

Seit 1. Juni 2006 Mitglied des Regierungsrates und Sicherheitsdirektor des Kantons Bern und seit März 2012 Präsident der Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Beruf und Politik

Studium der Philosophie und Geschichte in Bern, Frankreich und Grossbritannien

Sekundarlehrer, zunächst in Küssnacht SZ, dann in Langenthal

1990–1994 Rektor Sekundarschule/Untergymnasium Langenthal BE

1995–2006 Stadtpräsident von Langenthal BE (hauptamtlich)

1998–2006 Mitglied des Grossen Rates (2 Jahre Fraktionspräsident der FDP)

Militär

Oberst

Zuletzt Kdt HQ Rgt 2 (1996–1999)

zugsbeamte im Betreuungswesen oder Funktionäre des Sozialbereiches muss sie sich unglaubliche Angriffe gefallen lassen. Angehörige der Polizei werden angespien, angepöbelt, und es geht bis zur Gewalt. Unsere Polizei ist eine demokratisch legitimierte Institution und verdient Respekt für ihre Arbeit.

Herr Regierungsrat, vielen Dank für dieses Interview. ■